

Auf ein Wort, Herr Rosenthal!



Sehr geehrter Herr Rosenthal, vielen Dank für Ihre Grußworte an uns auf der Homepage der Stadt Würzburg! Lange schon planen wir als Familie diese historisch bedeutende und wunderschön gelegene Stadt im Urlaub zu besuchen. Diesen Ort deutscher Geschichte zu erwandern, die Herzlichkeit der Menschen zu erleben, war für uns eine große Anziehungskraft. Die aktuellen Ereignisse in Würzburg allerdings lassen uns unseren Urlaubsplan doch noch überdenken.

(Offener Brief an Würzburgs Oberbürgermeister Georg Rosenthal, SPD)

Wir sehen Bilder der Innenstadt, die uns an Bilder einer unrühmlichen Zeit in Deutschland erinnern. Damals waren die Flaggen nicht nur rot-weiß, sie hatten zusätzlich ein schwarzes Symbol in der Mitte. Die aktuelle seltsam eintönige Beflaggung könnte nur einer Person wirklich gefallen: dem Führer aller Türken, Recep Tayyip Erdogan.

Symbolisiert doch diese ausschließlich türkische Beflaggung, dass der Plan türkischer Nationalisten in Würzburg bereits große Fortschritte gemacht hat: in Deutschland eine Provinz der Türkei zu errichten!

Da waren die flammenden Reden Erdogans gegen die Integration seiner Landsleute in Deutschland nicht umsonst: Würzburg unterwirft sich freiwillig und demonstriert unübersehbar: die

Integration ist gelungen!

Nicht der Türken in Deutschland, sondern der Unterfranken in die türkische Provinz Würzburgistan...

Ich glaube für unsere Urlaubspläne ergibt sich daher eine Änderung: Statt die türkische Provinz Würzburg werden wir lieber das Kernland, die echte Türkei besuchen.

Machen Sie es gut, Herr Oberbürgermeister!

Lothar S., Hofheim

Kontakt:

Stadt Würzburg
Oberbürgermeister Georg Rosenthal
Rückermainstraße 2
97070 Würzburg
Tel: 0931 – 37 0
Fax: 0931 – 37 33 73
ob@stadt.wuerzburg.de

**Linkspartei will Rechte der
Kirchen einschränken**



Die

Bundestagsfraktion der Linkspartei will die Arbeitgeberrechte der Christlichen Kirchen einschränken. Auch soll das sogenannte „Diskriminierungsverbot“ in kirchlichen Einrichtungen erweitert werden. Der Antrag der Linkspartei stand heute auf der Tagesordnung im Bundestag.

„Medrum“ meldet:

Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat eine Beschlußvorlage in den Bundestag eingebracht, mit dem die Rechte der Kirchen als Arbeitgeber und die Zulassung religiöser Beweggründe für die Gestaltung ihrer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten der Beschäftigten eingeschränkt werden sollen.

Im Beschlußantrag unter der Überschrift „Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken“ (Drucksache 17/5523) kritisiert die Linkspartei:

Betriebliche Mitbestimmungsrechte, das Recht zur Bildung arbeitsrechtlicher Koalitionen (Gewerkschaften) und das Tarifvertragsrecht gelten lediglich eingeschränkt, das durch Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) grundrechtlich gewährleistete Recht des Arbeitskampfs (Streik) soll nach der überwiegenden Rechtsprechung ebenfalls nur beschränkt zur Anwendung kommen. Beschäftigten der Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und konfessionellen Wohlfahrtsträger kann unter Berufung auf weitreichende Loyalitätsobliegenheiten, die sich auch auf ihr außerdienstliches Verhalten erstrecken sollen,

einfacher als im öffentlichen Dienst und in privaten Unternehmen gekündigt werden.

Daher fordert die Linkspartei im Wesentlichen, die Kirchen generell unter das „kollektive Arbeitsrecht“ zu stellen, das Streikrecht für alle Beschäftigten einzuführen, Kündigungen wegen außerdienstlichen Verhaltens nur noch in eng begrenzten Fällen zuzulassen und das Diskriminierungsverbot gemäß EU-Gleichbehandlungsrichtlinie auszuweiten.

Die übergeordnete Zielrichtung des Beschlußantrages wird aus folgender Aussage deutlich: „Jenseits des Bereichs der verkündungsnahen Tätigkeitsfelder im engeren Sinne müssen die religiösen Motive des kirchlichen Arbeitgebers, die nach der bisherigen Rechtsprechung das Vorliegen eines sozialen Kündigungsgrundes begründen können sollten, grundsätzlich hinter den grundrechtlich geschützten Interessen der betroffenen Beschäftigten zurücktreten.“

Im Sinne dieser Zielsetzung soll die Bundesregierung durch den Bundestag aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen. [...]

Der kommunistisch/atheistische Plan der Linken, das Christentum „auszuhöhlen“ und den Sharia-Sozialismus einzuführen, wird unter der Schirmherrschaft der EU(dSSR) kräftig vorangetrieben...

**Ostsee: Türkenbande sticht
19-Jährigen nieder**



Brutale Gewalt an der Ostsee. Ein 19-Jähriger ist am Strand von Laboe niedergestochen und schwer verletzt worden.

(Von Michael Böthel)

Die Schleswig-Holsteinische Zeitung schreibt:

Ein 19-Jähriger ist am Strand von Laboe schwer verletzt worden. Ein Jugendlicher stach dem Heikendorfer ein Messer in den Oberkörper. Die Polizei sucht Zeugen.

Vergangenen Sonnabend ist es am Strand von Laboe zu einer Messerstecherei gekommen, wie die Polizei am Donnerstag berichtete. Ein 19-jähriger aus Heikendorf ist durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt worden. Gegen Mitternacht hatte ihn im Bereich des U-Bootes eine fünfköpfige Gruppe von augenscheinlich türkischstämmigen Jugendlichen angegriffen. Einer der Heranwachsenden stach mit einem Messer auf den Oberkörper des 19-Jährigen ein. Anschließend flüchtete die Gruppe. Feuerwehrleute, die sich gerade in der Nähe befanden, versorgten den lebensgefährlich verletzten Heikendorfer, bis ein Rettungswagen eintraf und den Verletzten in ein Kieler Krankenhaus brachte. Derzeit befindet sich der Heikendorfer noch dort, Lebensgefahr besteht nicht mehr.

Die Kriminalpolizei Plön hat die Ermittlungen aufgenommen und erste Zeugen sowie Teilnehmer an einer Feier der Jugendfeuerwehr Laboe am U-Boot vernommen. Deren Aussagen lassen vermuten, dass es neben bereits befragten Personen

noch weitere Zeugen gibt. Die Polizei bittet daher diese, sich bei der Polizei unter der Rufnummer 04522 50050 zu melden oder den Polizeiruf 110 zu wählen.

Auch der Ostsee-Strand bleibt nicht von brutalen „Einzelfällen“ verschont. Aber Dank des (sozialistischen) Europarates wissen wir ja, dass die eigentliche Gefahr von Autoren wie Thilo Sarrazin und den sogenannten „fremdenfeindlichen“ Parteien ausgeht.



Rezension: Die Lust am Bösen – von Eugen Sorg



Gewalttätige Menschen sind verzweifelt, ihre Brutalität der Hilfeschrei eines Opfers schrecklicher Umstände. Liebe, Aufmerksamkeit und Lebensperspektiven sind daher die einzig echte Gewaltprävention. Diese pauschale und beruhigende Logik gehört zum kleinen Einmaleins des

Gutmenschentums. Ihr liegt eine Idee zugrunde, wonach die Natur des Menschen primär unschuldig und gut sei. Als eine Art Nebenwirkung der Aufklärung wurde diese Vorstellung in Europa populär.

(Von Thomas A.)

In seiner Streitschrift „Die Lust am Bösen“ stellt Eugen Sorg diese Logik auf den Kopf. Sorg hat nach seinem Studium als Psychotherapeut gearbeitet und war als Delegierter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) im Einsatz. Seit 1992 arbeitet er als Journalist – vorwiegend für die Schweizer Zeitschriften „Das Magazin“ und „Die Weltwoche“. Internationale Bekanntheit hat er mit seinen Reportagen aus Kriegsgebieten erlangt.

Die Vorstellung, dass Menschen sich bewusst dafür entscheiden, andere zu drangsalieren, zu quälen, zu foltern und zu töten, macht Angst. Vielleicht ist es diese Angst, die viele hiesige Experten und Kommentatoren dazu veranlasst, brutalste Gräueltaten auf Affekt, Verzweiflung oder Drogenrausch zurückzuführen. Dass sich ein Mensch bewusst und ohne erkennbare Not für die Ausübung brachialer Gewalt entscheidet, lässt das eigene Menschenbild nicht zu, denn es ist geprägt von einem naiven Grundvertrauen, dem der Mensch in dieser Welt nicht gerecht werden kann.

Eugen Sorg entlarvt diese Naivität durch nüchternes, aufmerksames Beobachten. Warum lachen und frohlocken die Schläger von Kreuzlingen gut sichtbar vor den Überwachungskameras, nachdem sie zwei ihnen unbekannte Jugendliche grundlos in die Bewusstlosigkeit geprügelt haben? Warum bezeichnen ehemalige Lageraufseher in Ex-Jugoslawien die damalige Zeit als schönste ihres Lebens? Warum schwelgt eine Gruppe junger Hutus – ohne Reue – in der Erinnerung an eine Zeit, in der sie nach Lust und Laune hübsche Tutsi-Mädchen vergewaltigen und anschließend zerstückeln konnten? Warum erheitern sich junge Jordanier an Enthauptungsvideos, als

wären es witzige Textnachrichten? Der Mythos von der Unvereinbarkeit von Gewalt und Zurechnungsfähigkeit bröckelt und erweist sich schließlich als unhaltbar. Menschen sind nicht grausam, weil sie grausam sein müssen, sondern weil sie es wollen.

Sorg bestreitet zwar, dass äußere Umstände ursächlich für Gewaltausbrüche sind, nicht aber, dass sie eine wichtige Rolle spielen. Sie entscheiden darüber, ob der Einsatz von Gewalt gesellschaftlich geächtet wird und ob ein Rechtssystem entsprechend auf willkürliche Gewalt reagiert. Die äußeren Umstände sind der Rahmen, der dem Einzelnen mehr oder weniger Reaktionsspielraum lässt. Hier sieht Sorg die Verbindung zum Islam, dem er ein gutes Drittel seines Buches widmet. Er identifiziert ihn als Gesellschaftsform, welche die persönliche Entscheidung zur Ausübung von Gewalt begünstigt und belohnt. Hier setzt denn auch der Beißreflex vieler Rezensenten von „Die Lust am Bösen“ ein. Sorgs Analysen werden als provokativ und interessant empfunden – solange er über Ruanda, Ex-Jugoslawien oder das Dritte Reich schreibt. Seine Islamkritik hingegen wird präventiv zurückgewiesen – gar als „militant“ bezeichnet (FAZ vom 12.3.2011).

**Sie wollen doch nur
„ausbeuten“**

HELP!

Help us to build Mosque in Sheepshead Bay!
Local racists are trying to stop us from erecting beautiful Mosque, Muslim school and Muslim Center.
We want just to prey and educate our children in Islam to be true Muslims. There are already hundreds of Muslims living here and hundreds more will move here soon – we need our Mosque. You all will love serene calls to prayers. We are peaceful people and mostly do not support terrorism.

GO TO: <http://www.petitionspot.com/petitions/SSBmosque/>
FREE HALAL breakfast after Morning Prayer!
FREE conversions for Africans to true religion!
Support us and you will be blessed by Allah!



So schreiben die lieben Muslime aus Brooklyn Sheepshead Bay: „Örtliche Rassisten wollen uns daran hindern, unsere schöne Moschee zu errichten. Wir wollen nur ausbeuten („prey“, statt „pray“ – beten) und unsere Kinder im Islam ausbilden, damit sie wahre Muslime werden. Es leben hier schon hunderte von Muslimen und hunderte mehr werden bald hierher ziehen – wir brauchen unsere Moschee. Sie werden den ruhigen Ruf zum Gebet alle lieben. Wir sind achtbare Leute und unterstützen den Terrorismus meistens nicht.“ Na dann ist ja alles gut...



Multikulti auf hoher See



Man will uns ja gerne weismachen, die Flüchtlingsströme, die Italien überfluten, hätten etwas mit politischer Verfolgung durch arabische Diktatoren oder dortige Unruhen zu tun. Das ist natürlich genauso gelogen, wie alles, womit die Invasion von Immigranten nach Europa verharmlost werden soll. Ein Zusammenhang besteht lediglich insofern, als die von der Nato zusammen gebombte Staatsmacht in Libyen nicht mehr in der Lage ist, die Schleusung über ihre Häfen zu unterbinden, wie sie es zuvor meist getan hat. Auf einem „Flüchtlings“-Boot konnten einige Reisende aus dem westafrikanischen Nigeria es nicht mehr abwarten, und begannen schon vor ihrer Ankunft in Europa mit dem Vergewaltigen und Morden auf hoher See.

Der Spiegel berichtet:

Wie am Mittwoch bekannt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Agrigent wegen mehrfachen Mordes gegen unbekannt. Ein 16-jähriger Flüchtling aus Ghana hatte sich nach seiner Ankunft auf der Mittelmeerinsel Lampedusa Mitarbeitern der Hilfsorganisation „Save the children“ anvertraut.

Er behauptete, Passagiere seines Flüchtlingsbootes hätten mindestens fünf Mitreisende auf dem Weg von Libyen nach Italien über Bord geworfen, um „den Zorn der Geister zu besänftigen“ und das Meer zu beruhigen: „Wir waren seit zwei Tagen unterwegs, als eine Gruppe von Nigerianern beschloss, dass gutes Wetter nur heraufzubeschwören sei, indem man

einige von uns opfert“, berichtete der Junge. Dies sei ein „typischer Versöhnungsritus ihrer Stämme“.

Die Täter hätten mit Gewalt nach mindestens fünf Passagieren gegriffen und sie ins eiskalte Meer geworfen. „Alle waren nach wenigen Momenten tot. Auch mein Bruder war unter ihnen“, zitiert der Sender RAI aus dem Bericht des Minderjährigen, der laut Augenzeugen unter Schock stand.

Gegenüber Beamten des örtlichen mobilen Einsatzkommandos wiederholte der verstörte Junge seine Vorwürfe. Die Zustände unter den 460 Menschen an Bord waren demnach dramatisch: Es sei auch zu Vergewaltigungen von Frauen gekommen, erzählte der Junge.

Wie die römische Tageszeitung „La Repubblica“ am Mittwoch berichtet, haben die Ermittler bereits einen Teil der Passagiere zu den Vorkommnissen auf dem Schiff befragt. Nicht alle hätten den Bericht des 16-Jährigen bestätigt, hieß es. Der Fall ist auch rechtlich kontrovers, handelt es sich doch um einen mutmaßlichen Übergriff von Nicht-Italienern auf Nicht-Italiener in internationalen Gewässern. Die Polizei versucht nun, die Schleuser der 460 Flüchtlinge zu finden.

Der Zeuge sowie die vermeintlichen Täter halten sich derzeit in einem Aufnahmezentrum in Italien auf. Erst ein einziges Mal wurde Tätern in einem vergleichbaren Fall der Prozess gemacht: Im vergangenen Jahr verurteilte ein Gericht im sizilianischen Syrakus vier Nigerianer zu jeweils 20 Jahren Gefängnis. Sie hatten 13 Menschen ins Meer geworfen und ertrinken lassen.

Was müssen wir diesen armen Menschen nur angetan haben, dass sie sich so anders verhalten, als es in unseren sozialpädagogischen Lehrbüchern steht? Aber es besteht Hoffnung. Alle Experten sind sich einig, dass eine bedingungslose Willkommenskultur auch diese Narben heilen kann. Wenigstens die der Täter. Die Opfer sind ja nun leider

tot.

Spürnase: Zahal



Türkische Beflaggung der Würzburger Innenstadt

☒ Eine derart pompöse Beflaggung dürfte Würzburg seit 1933 nicht mehr erlebt haben: ein schier endloses Spalier türkischer Nationalfahnen säumt die Straßen der Fußgängerzone, Halbmond und Stern wehen vor dem Neumünster und der Residenz der Fürstbischöfe. Mit dieser türkisch-nationalistischen Propagandaschau feiert das Würzburger Rathaus das 50-jährige Jubiläum des ersten türkischen Gastarbeiters in der Stadt.

(Von Martin Keller)



Die Menschen hingegen wirken verstört: Kein Wunder, denn aus Sicht der schweigenden Mehrheit ist die türkische Nationalflagge in Deutschland vor allem ein Symbol für 50 Jahre staatliche Lügen, Rechtsbeugung, Ausbeutung sowie systematische Einschüchterung und Unterdrückung der Deutschen durch eine kleine Clique arroganter Fanatiker an der Staatsspitze.



Allen totalitären Staaten gemeinsam ist bekanntlich die fast psychopathische Hinwendung zu Flaggenkulten jeglicher Art: Je

größer der Gegensatz zwischen der propagierten Ideologie und der real existierenden Wirklichkeit, desto stärker versucht der totalitäre Staat, diesen Gegensatz optisch zu überdecken.



Auch die „Bunte Republik“ macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Dass ein Staat, der uns Deutschen gegenüber ständig von der „Überwindung der Nation“ schwafelt, keine Scheu hat, eine nationalistische türkische Flaggenschau wie in Würzburg vorzuführen, ist nur scheinbar ein Widerspruch: Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Geschwätz von der „Bunten Republik“ bekanntlich nichts anderes als der schrittweise Umbau unseres Landes in eine Art Zweittürkei.



Der nationalistische Flaggenorgasmus in Würzburg ist daher auch ein Zeichen von staatlicher Ehrlichkeit: Nach 50 Jahren Lug und Trug („Gastarbeiter“, „Asyl“, „Integration“) demonstriert der Staat nun für jeden Bürger unübersehbar, dass in einer faktisch totalitären „Bunten Republik“ die Macht auch äußerlich nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern von einflussreichen türkischen Gastarbeiterverbänden, ihrer Regierung in Ankara sowie einer hündischen Clique skrupelloser deutscher Jasager im städtischen Rathaus.



Für all jene, die heute Zeitzeugen der nationalistischen türkischen Flaggenparade von Würzburg wurden, kann der Anblick dieser Flaggen daher nur eins bedeuten: ein Aufruf zur Wiederherstellung unserer Freiheit, ein Aufruf, sich endlich konsequent zu organisieren und sich in einem faktisch totalitären Staat gegen Propaganda, Unterdrückung und das uns angetane Unrecht zu empören. Und ein Aufruf, diesem ganzen verlogenen staatlichen Spuk endlich ein Ende zu bereiten.




Kontakt:

Stadt Würzburg
Oberbürgermeister Georg Rosenthal (SPD)
Rückermanstraße 2
97070 Würzburg
Tel: 0931 – 37 0
Fax: 0931 – 37 33 73
ob@stadt.wuerzburg.de



Kriegt Berlin Feld-, Wald- und Wiesenairport?

 Den Zustand eines Landes erkennt man speziell auch an der Hauptstadt. In der unsrigen tobt seit Monaten ein Kampf um den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg. Wird das ein Drehkreuz für eine Hauptstadt oder nach Künasts Wunsch ein Regionalflughafen oder eine Modellflugzeug-Wiese? Soll der Airport Berlin

Brandenburg International (BBI) auch aus Fernregionen wie Sachsen und Meckpomm angefliegen werden dürfen oder reicht für die ein Fahrrad? Darf es eine oder zwei Landebahnen geben, die zusammen 150 Meter lang sind, oder ist das nicht zuviel Landschaftsverbrauch? Kann nur morgens zwischen 10 und 12 geflogen werden oder sogar nach dem Mittagsschlaf von 15 bis 17 Uhr wieder?

Müssen die CO2-Jets ausgerechnet über mein Dach düsen oder könnten sie nicht im Zickzack durch die Datsche meines blöden Nachbarn? Speziell bei den Routen und Sicherheitsbestimmungen kennt sich heute jeder Wut-Anrainer viel besser aus als die Fachleute der Flugsicherung weltweit! Die sollen höher fliegen! Warum gerade da ein Kurve? Mir reicht die S-Bahn! Sitzblockaden, Demos, Streitereien vor Gericht und andere Proteste runden das Bild ab. Die Lufthansa hat bereits auf ein Drehkreuz verzichtet. Kurz und klar schildert Air-Berlin-Chef Joachim Hunold die Lage im aktuellen Bordmagazin:

... Zwischenzeitlich hat die Realität die Satire überholt. Renate Künast, die Spitzenkandidatin der Grünen für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, sprach sich gegen Parallelstarts und Nachtflüge aus und stellte die Frage, ob man in der deutschen Hauptstadt überhaupt einen internationalen Flughafen brauche. Kaum hatte sie das relativiert, überraschte die Berliner CDU, die einst inbrünstig ein Luftdrehkreuz herbeigesehnt hatte, mit ähnlichen Forderungen. Und relativierte die dann wieder. Inzwischen liegt dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine Klage von Bürgern vor, die BBI als Regionalflughafen festgeschrieben haben wollen. Seit dem Herbst 2010, seit in Berlin und den umliegenden Brandenburger Gemeinden um die Flugrouten diskutiert wird, ist die Verwirrung groß. Zu Protesten war es gekommen, nachdem die Deutsche Flugsicherung (DFS) Streckenführungen für An- und Abflüge veröffentlicht hatte, die nun auch über Stadtteile und Gemeinden führten, deren Bewohner bis dahin geglaubt hatten, nicht vom Fluglärm

betroffen zu werden.

Des Pudels Kern ist die Frage, ob Berlin an das weltweite Luftverkehrsnetz angeschlossen werden soll oder nicht. Da Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft der Region nicht ausreichen, um Jets nach New York, Rio oder Tokio zu füllen, kann das nur mit Zu- und Abbringerflügen aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland geschehen – wie jetzt schon in Frankfurt oder München. Ein solches Drehkreuz erreicht aber nur dann Akzeptanz am Markt, wenn es gelingt, innerhalb einer Stunde beispielsweise 25 Zu- und Abbringer von airberlin starten und landen zu lassen. Da während dieser Zeit ja auch noch andere Airlines das Runwaysystem nutzen wollen, ist ein Parallelbetrieb erforderlich: Zwei Flugzeuge müssen gleichzeitig starten oder landen können.

Aus Sicherheitsgründen muss jedoch mindestens eine der Abflugrouten nach links oder rechts abknicken. Da diese abknickenden Routen auch über Wohngebiete führen sollten, die von Geradeaus-Weiterflügen gar nicht betroffen wären, entbrannte der Streit. Inzwischen sind Flugsicherung, Behörden, Fluglärmkommission, Flughafen und Airlines auf einem guten Weg zum Kompromiss. So bekommt Berlin Anschluss an die Welt – und mindestens 40.000 neue Arbeitsplätze.



Urteil: Sharia-Horror in Iran



Die Mindestanforderung eines normalen Menschen an eine „Religion“, sollte sein, dass sie das Gute im Menschen fördert. Was das ist, das mag von Ort zu Ort unterschiedlich bewertet werden. Aber was es nicht ist, darüber besteht ein erstaunlicher gefühlsmäßiger Konsens unter den meisten Menschen fast aller Kulturkreise. Exzessive Grausamkeit und der Verlust jeden menschlichen Mitgefühls gehören nicht dazu. Gerade das aber sind die Merkmale des Islam, die auch das Leben der Menschen in den von ihm bestimmten Ländern prägen – je frommer, desto schlimmer. Das erfährt man freilich nicht beim interkulturellen Dialog und auch nicht bei der Innenministerkonferenz, dafür aber durch die Realität in Ländern, wo der Islam ungebremst sein Gesellschaftsmodell umsetzen kann. Zum Beispiel im Iran.

Eine Zeitung, die immer schnell dabei ist, bei Selbstverteidigungsmaßnahmen der USA oder Israels von dumpfer Rache zu schwadronieren, die österreichische Krone, bejubelt förmlich ein iranisches Gerichtsurteil von unvorstellbarer Grausamkeit: „Endlich Stunde der Rache für mit Säure verätzte Iranerin,“:

Der Kampf der Ameneh Bahrami um Gerechtigkeit scheint in dieser Woche also seinen Abschluss zu finden. Sie war 24 Jahre alt, studierte Elektrotechnik in Teheran und führte ein unbeschwertes, glückliches Leben. Bis ein Kommilitone, der

vergeblich um ihre Liebe und Zuneigung gebuhlt hatte, die Studentin in einen dunklen, schmerzhaften Abgrund stürzte.

Die Schwefelsäure, die der Attentäter über Ameneh vergoss, zerfraß das Gesicht der schönen, jungen Frau und raubte ihr das Augenlicht. Sie erlitt Verbrennungen an Gesicht, Brust, Armen und Händen – die Säure griff überdies auch Speiseröhre und innere Organe an. Rund 20 Operationen musste sich Ameneh seit jenem Anschlag unterziehen. Schon für den 30. Mai ist ein weiterer Eingriff an Mund und Nase in Barcelona geplant, wo sich die Iranerin seit mehreren Jahren medizinisch behandeln lässt.

In einem beispiellosen Gerichtsverfahren erstritt sich die Iranerin im Jahr 2008 ein Blutracheurteil, welches ihr nach islamischem Recht zugestand, ihren Peiniger mit Säure zu blenden – obwohl eine Frau im Iran nur halb so viel wert ist wie ein Mann. Die Scharia nennt das Recht „Qisas“ – es ist das alte „Auge um Auge, Zahn um Zahn“-Prinzip. Der Richterspruch erregte weltweit Aufsehen.

„Irgendwann wird er schreien. So wie ich jeden Morgen schreie“

In ihrem Buch „Auge um Auge“ ließ Ameneh Bahrami die Vollstreckung dieses Urteils im vergangenen Jahr noch offen. Dort zitierte sie ihren Großvater, der ihr riet: „Den Wettstreit um die Menschlichkeit gewinnt, wer verzeiht. Nicht der, der nimmt oder zerstört.“ Gleichwohl beschrieb sie in ihrem Buch auch ihre immer wiederkehrenden Tagträume, in denen sie mit einer Pipette dem betäubten Attentäter mit ruhiger Hand die zerstörerische Säure in die Augen träufelt: „Irgendwann wird er schreien. Wenn er wieder aufwacht. So wie ich jeden Morgen schreie, wenn ich meine Augen öffnen möchte und es nicht kann.“

„Ich bin sicher, dass ich das Urteil vollstrecken werde“

Der Zwiespalt der Ameneh Bahrami zwischen Rache und Vergebung

scheint am Samstag um 12 Uhr sein Ende zu finden. Dann wird sich entscheiden, ob sie den finalen Schritt zur Vollstreckung tatsächlich gehen möchte. Alles sieht zurzeit danach aus. Nur wenige Stunden nach dem Anruf aus Teheran erklärte Ameneh im Gespräch mit dem deutschen Autor Michael Gösele, der auch ihr Buch geschrieben hat: „Ich bin sicher, dass ich das Urteil vollstrecken werde. Ich mache das nicht für mich, sondern für die gesamte iranische Bevölkerung. Ich möchte nicht, dass sich so eine Tat noch einmal wiederholt. Das ist keine Vergeltung, sondern eine Lehre.“

Behörden raten ihr, bis Samstag unterzutauchen

Ihr Bruder wird die junge Frau am Samstag mit dem Auto zu dem Justizkrankenhaus fahren. Eine Stunde vor dem Vollstreckungstermin soll sie dort erscheinen. Wenn sie ihrem Peiniger Madschid Mowahedi gegenübertritt, werden ihre Eltern, ihr Bruder und zwei Reporter sie begleiten. Bevor sie ihrem Attentäter die Säure in die Augen tropfen soll, wird der Mann eine Narkose bekommen. Im Gegensatz zu ihr damals wird er also keine Schmerzen haben. Wer Ameneh dabei die Hand führen wird, ist derzeit noch unbekannt.

Der Sprecher der iranischen Justizbehörden jedenfalls riet Ameneh, bis zum Vollstreckungstermin unterzutauchen, um einem möglichen Mordanschlag durch Angehörige des Delinquenten zu entgehen. Ein Leben in absoluter Dunkel- und Abgeschlossenheit bis zum Samstag – das kennt die Iranerin viel zu gut. Genauer gesagt, seit sie sich in ihrer Heimat vor Gericht, in einem Prozess über mehrere Instanzen, das Recht erstritt, den Mann zu blenden, der ihr aus verschmähter Liebe das Leben zerstört hatte. Sie hatte auch durchgesetzt, dass sie den Mann auf beiden Augen blenden darf. Ursprünglich hatten die Richter ihr nur ein Auge des Täters zugestanden. Nach dem Scharia-Recht sind zwei Augen einer Frau nur ein Auge eines Mannes wert.

Eine Geschichte, die zeigt, warum wir gegen den Islam sind. Wir teilen nicht die Begeisterung der Qualitätsjournalisten über eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die in der jüdisch-christlichen Zivilisation seit Jahrtausenden überwunden ist. Wir wollen keine „Religion“ in unseren Ländern, die schon kleinen Kindern das Mitgefühl für Mensch und Tier aberzieht, Grausamkeit als religiöse Tugend propagiert, und in infamen juristischen Prozeduren Opfern erlaubt, zu Tätern zu werden. All das erzeugt Ekel bei jedem gesunden Menschen, der nicht von der Lehre Mohammeds infiziert ist, ganz egal, aus welchem sonstigen Kulturkreis er stammt. Wir wollen nicht leben wie die Tiere. Wir wollen keine Gesetze, die das erlauben und keine gesellschaftlichen Verhältnisse, die solche Gesetze erforderlich machen. Deswegen sind wir gegen den Islam.

Spürnase: Martin



Rechter FDP-Flügel wehrt sich gegen Linkskurs



Der vor zwei Jahren in Berlin gegründete „Stresemann Club“, eine Plattform rechtsliberaler Parteimitglieder der FDP, wird beim Bundesparteitag am kommenden Wochenende in Rostock durch mehrere Aktionen auf

sich aufmerksam machen.

Zur Verteilung an Delegierte, Gäste und Pressevertreter wurden mehrere tausend Imagefolder gedruckt, die an verschiedenen Stellen „unter die Leute gebracht“ werden sollen. Sie tragen den Titel: „ACHTUNG! LINKSKURS führt in die Sackgasse“ und setzen sich kritisch mit dem von Teilen des Partiestablishments beabsichtigten Linksschwenks auseinander. „Lieberalismus“ wird das in Kreisen des Clubs auch genannt. Der Folder kann bereits jetzt unter stresemannclub.de abgerufen werden.

Außerdem setzt sich der Club kritisch mit dem geplanten „Euro-Rettungsschirm“ auseinander und unterstützt den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler, der einen vom Kurs der Bundesregierung abweichenden Antrag gestellt hat. Unter dem Titel „GENUG GEZAHLT“ werden Postkarten an die Delegierten verteilt, die für eine Zustimmung zum Antrag und eine Ablehnung des Rettungsschirms werben. Die Postkarte kann ebenfalls vorab im Internet abgerufen werden (Vorder- und Rückseite). Beide Aktionen werden flankiert durch ständig aktuelle Berichterstattung auf dem Blog des Clubs sowie auf den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter.

Außerdem sind noch einige Überraschungsaktionen geplant, über die man derzeit noch nichts sagen möchte. „Wir möchten mögliche Gegenmaßnahmen verhindern,“ erklärt Sven Tritschler, der stellvertretende Vorsitzende der Rechtsliberalen, „denn das wird einigen Linksauslegern in unserer Partei sicher nicht schmecken.“

Bisher sei der Stresemann Club überwiegend mit Aufbauarbeit beschäftigt gewesen, aber in Anbetracht der Krise der Liberalen sei es dringend an der Zeit, an die Öffentlichkeit zu gehen und die Parteimitglieder offensiv anzusprechen. Tritschler meint hierzu: „Das letzte was dieses Land braucht, ist eine weitere Mitte-Links-Partei, die Wähler haben die FDP nicht wegen Ihres klaren Kurses abgestraft, sondern weil sie

in der Bundesregierung kaum erkennbar ist.“

Der Platz der FDP sei schon immer rechts von der Union gewesen, das gelte in der Ära Merkel mehr denn je. „Daran können einige Verirrungen in den 1970er-Jahren nichts ändern, auch dann nicht, wenn einige Fossilien in der Partei das nicht verstehen wollen.“

„Als wir uns vor zwei Jahren organisiert haben, dachten wir nicht, dass es so schlimm werden könnte und dass wir einmal so dringend benötigt würden. Das überwiegend positive und gerade in letzter Zeit immer stärker werdende Feedback von der Parteibasis zeigt uns aber, wie dringend notwendig unser Schritt war.“

Der Stresemann Club ist eine Initiative überwiegend junger Mitglieder der FDP, die sich für eine rechtsliberale Erneuerung ihrer Partei einsetzen. Er wurde im Oktober 2009 in Berlin gegründet und hat derzeit (Stand April 2011) ca. 120 Mitglieder und mehrere hundert Interessenten und Sympathisanten.

Seit April 2010 hat der Club ein Grundsatzprogramm, die Kölner Grundsätze. Neben traditionell liberalen Forderungen wie Steuersenkungen, Deregulierung und Bürgerrechten betont man darin klassisch-rechte Themen wie z.B. strenge Ausländerpolitik und konsequente Verfolgung von Straftätern.

» Weitere Informationen unter info@stresemannclub.de

(Pressemitteilung des Stresemann-Clubs)

Berlin: Nach zwei Jahren Pause wieder Israel-Tag



In diesem Jahr fand endlich wieder der Israel-Tag in Berlin statt. Er wurde auf dem Wittenbergplatz hinter dem berühmten Kaufhaus des Westens gefeiert.

(Von Edda L.)

Der Vorsitzende der DIG Berlin-Potsdam, Jochen Feilcke, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Lala Süßkind und der Gesandte der Botschaft des Staates Israel Emanuel Naschschnon hielten kurze Reden mit Grußworten.





Es gab verschiedene musikalische Darbietungen. Eine Tanzgruppe führte israelische Tänze auf. Zwischendurch tanzten die Tänzerinnen gemeinsam mit dem Publikum. An etlichen Ständen konnte man sich über Israel, Hilfsprojekte, Jugendaustausch u.v.m. informieren.



Chabad Lubawitsch demonstrierte Tefillin und bot die Möglichkeit, Zettel zu beschriften, die nach Jerusalem zur Klagemauer gesandt werden.



Es gab koscheres Essen und Bier. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Zum Glück gab es keine Störung seitens Pal-Araber und ihrer internationalen Konsorten.



Es ist verdammt wichtig, dass der Israel-Tag gefeiert wird. Dessen Nichtfeiern, wie es in Berlin in den beiden letzten Jahren der Fall war, ist eine Anbiederung an Israels Feinde.

Oskar Freysinger über seinen Weg in die Politik



Für die „Generation Zukunft“, der Jugendorganisation der FREIHEIT, interviewte der 17-jährige Ludwig Lagleder den SVP-Nationalrat Oskar Freysinger im Parlament in Bern. Der Schweizer aus dem Kanton Wallis schildert in dem Video-Interview, wie er mit 37 Jahren zur Politik kam, welche Widerstände er überwinden musste und wie sein berufliches Umfeld reagierte.

Der Gymnasiallehrer, dem man anfänglich mit Kündigung drohte, beschreibt das betretene Schweigen im Lehrerzimmer nach Bekanntgabe seines Wahlergebnisses. Bei den meist schon erwachsenen Schülern hätte es nicht so große Schwierigkeiten gegeben. Mittlerweile sympathisierten ohnehin immer mehr Schüler mit der SVP und wendeten sich von den Sozialisten ab.

Freysinger hatte erstmals mit der Politik Berührung als er sich gegen eine geplante Schulreform wehrte, die man hierzulande als Kuschelpädagogik bezeichnen würde. Das wurde im beruflichen Umfeld des Lehrers nicht gerne gesehen, der der Kündigungsdrohung widerstand. Als ihm und seinen Mitstreitern schließlich im Rahmen einer Initiative gegen das „Reformgesetz“ 73 Prozent des Volkes zustimmten, zeigte sich die Richtigkeit dieses Beharrungsvermögens.

Dadurch hat Freysinger gemäß seinen eigenen Worten eines begriffen: „Politik ist eine zu ernste Sache, um sie Politikern zu überlassen.“ Im Anschluss an die gewonnene Volksinitiative begann für ihn eine Politikkarriere, die er so nie geplant hatte.